

Konzeption der Politikberatung am DZA

Frank Berner und Christine Hagen

09. August 2021

Konzeption der Politikberatung am DZA

Inhaltsverzeichnis

1. <i>Politikberatung am Deutschen Zentrum für Altersfragen</i>	5
1.1 Politikberatung am DZA als Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse	5
1.2 Grundprinzipien der Politikberatung am DZA	6
2. <i>Adressaten der Politikberatung des DZA</i>	7
2.1 Politische Akteure des Bundes als Auftraggeber und Adressaten	7
2.2 Die Öffentlichkeit als Adressat	8
3. <i>Formen der Politikberatung und Politikunterstützung am DZA</i>	8
3.1 Sozialberichterstattung.....	8
3.2 Geschäftsstellen.....	9
3.3 Beratungsgespräche, Gremien und Expertisen.....	10
3.4 Öffentlichkeitsarbeit.....	10
4. <i>Themen der Politikberatung des DZA</i>	10
4.1 Arbeit und Ruhestand, Übergänge	11
4.2 Einkommen, Vermögen, Altersarmut.....	12
4.3 Wohnen und Nachbarschaft.....	12
4.4 Freiwilliges Engagement, Ehrenamt, Partizipation	13
4.5 Digitalisierung und Technik	13
4.6 Soziale Beziehungen: Familie, Partnerschaft, Freund*innen, Einsamkeit	13
4.7 Informelle Hilfe, Unterstützung und Pflege durch Angehörige	14
4.8 Gesundheit, Wohlbefinden, Lebenszufriedenheit.....	14
4.9 Altersbilder, Altersdiskriminierung, Einstellungen.....	15
5. <i>Qualitätssicherung in der Politikberatung des DZA</i>	16
6. <i>Personelle Ressourcen</i>	17
7. <i>Zusammenfassung</i>	18

1. Politikberatung am Deutschen Zentrum für Altersfragen

Unter den Bedingungen des demografischen Wandel in Deutschland lässt sich die Bevölkerungsstruktur der Zukunft mit drei Schlagworten charakterisieren: weniger, älter und bunter. Insgesamt wird die Bevölkerungszahl in Deutschland sinken, es werden mehr ältere und sehr alte Menschen in Deutschland leben, und die Bevölkerung wird aufgrund von Wanderungsprozessen unterschiedlicher und vielfältiger werden. Diese Entwicklung bringt sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich. Politik und Gesellschaft können diese Herausforderungen gezielter angehen und die Chancen besser nutzen, wenn sie über umfassende und gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zu den angesprochenen Veränderungen verfügen.

Die Ressortforschungsinstitute des Bundes bilden Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik. Ihre Aufgabe ist es, wissenschaftliche Forschung mit hoher Qualität zu betreiben, die jeweils auf die Aufgaben und Bedürfnisse des zuständigen Ressorts zugeschnitten ist. Auch das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) hat gemäß der Satzung seines Trägervereins die Aufgabe, wissenschaftlich fundierte „Erkenntnisse über die Lebenslage alternder und alter Menschen zu erweitern, zu sammeln, auszuwerten, aufzubereiten und zu verbreiten, damit dieses Wissen mit Blick auf die mit dem Altern der Bevölkerung einhergehenden gesellschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen im Sinne einer wissenschaftlich unabhängigen Politikberatung nutzbar gemacht werden kann“.

Neben der Forschung und der Bereitstellung von Informationen ist also die Politikberatung auf der Grundlage von Forschungsergebnissen und aufbereiteten Informationen ein zentrales Betätigungsfeld des DZA.

1.1 Politikberatung am DZA als Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse

Unter Politikberatung wird am DZA der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Politik und Öffentlichkeit verstanden. Die Altersforschung am DZA liefert Erkenntnisse, die geeignet sind, gesellschaftlich relevante Altersfragen zu erkennen und mögliche Strategien zur Bewältigung von Herausforderungen aufzuzeigen. Neben den empirischen Befunden aus den Forschungsprojekten, die am DZA durchgeführt werden, werden hierzu auch weitere wissenschaftliche Erkenntnisse zu relevanten Fragen des Alterns und der alternden Gesellschaft herangezogen.

Alle Arbeitsbereiche des DZA sind am Wissenstransfer von der Forschung in das politische Feld und in die Öffentlichkeit beteiligt.¹ Der Forschungsbereich als Quelle wissenschaftlicher Befunde spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Auch durch die Beteiligung von Mitarbeiter*innen des DZA an Kommissionen und Beiräten wird wissenschaftliche Expertise in gesellschaftliche Handlungsfelder getragen. Des Weiteren dienen die Teilnahme an Anhörungen, die Erstellung von Expertisen sowie die Bearbeitung von Anfragen dem Transfer von forschungsbasiertem Wissen in den politischen Raum.

¹ Politikberatung als Aufgabe des Instituts muss vom Arbeitsbereich Politikberatung unterschieden werden. Zum Arbeitsbereich Politikberatung gehören die Geschäftsstelle für die Altersberichte der Bundesregierung sowie am DZA angesiedelte Drittmittelprojekte der Politikberatung (wie etwa die Geschäftsstelle zum Runden Tisch Pflege oder die Geschäftsstelle Nationale Demenzstrategie). Die Geschäftsstelle für die Altersberichte der Bundesregierung unterstützt die Altersberichtscommissionen bei der Erstellung und das BMFSFJ bei der Veröffentlichung und Bekanntmachung der Altersberichte der Bundesregierung. Eine eigenständige inhaltliche Expertise entwickelt die Geschäftsstelle vor allem zu den Themen der Altersberichte.

Damit der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in Politik und Öffentlichkeit gelingt, muss eine Vermittlung zwischen Forschung und Politik in zwei Richtungen sichergestellt werden:

- 1) Erstens werden wissenschaftliche Erkenntnisse, die am DZA gewonnen werden, im Hinblick auf ihre politische Relevanz geprüft und politisch relevante Befunde für Akteure im Politikfeld aufbereitet und übersetzt („Translation“). Dies setzt einen kontinuierlichen Austausch mit dem BMFSFSJ und anderen politischen Akteuren voraus, um einschätzen zu können, welche Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung für diese Zielgruppen interessant sind. Dies können sein: Status- und Entwicklungsbeschreibungen, nachgewiesene und antizipierte Handlungsbedarfe, Beschreibung und Bewertung von Handlungsalternativen. Auf der Grundlage von Forschungsergebnissen werden politische Handlungsbedarfe identifiziert und politische Handlungsalternativen genannt und beschrieben. Bewertungen von Handlungsalternativen erfolgen grundsätzlich nur unter Reflexion und Benennung der dabei zu Grunde gelegten Wertmaßstäbe. Die ausgewählten Informationen werden so aufbereitet und dargestellt, dass sie für politische Akteure verwendbar sind.
- 2) Zweitens werden am DZA politische Entwicklungen beobachtet und es werden politische Beratungsbedarfe antizipiert, um hieraus Impulse und Anregungen für die Forschungstätigkeit am DZA abzuleiten. Auch hierfür ist ein ständiger Austausch mit dem BMFSFSJ und anderen politischen Akteuren nötig.

1.2 Grundprinzipien der Politikberatung am DZA

Das DZA leistet Politikberatung auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung. Aus dem Selbstverständnis des DZA als Forschungsinstitut und der Selbstverpflichtung zur wissenschaftlichen Integrität leiten sich vier grundlegende Prinzipien für die Politikberatung am DZA ab: (1) Unabhängigkeit, (2) Belastbarkeit, (3) Pluralität sowie (4) Öffentlichkeit und Transparenz.

Unabhängigkeit: Gute wissenschaftliche Politikberatung setzt Unabhängigkeit voraus. Unabhängigkeit verhindert, dass politische Interessen und wissenschaftliche Urteile vermischt werden. Unabhängigkeit von den Interessen des Auftraggebers ist eine Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit und Legitimationskraft wissenschaftlicher Politikberatung und liegt damit immer auch im Interesse des Auftraggebers. Bei einer Ressortforschungseinrichtung wie dem DZA kommt es deshalb auch darauf an, dass die Politik dem Ressortforschungsinstitut wissenschaftliche Unabhängigkeit ermöglicht.

Belastbarkeit: Das Wissen, das in Politikberatung einfließt, sollte auf evidenzbasierter Forschung gründen (repliziertes, konsensuell akzeptiertes Wissen) und aktuell sein. Beratungsleistungen müssen auf empirischer Grundlage erstellt werden.

Pluralität: Die wissenschaftliche Politikberatung des DZA berücksichtigt die Pluralität konkurrierender wissenschaftlicher Perspektiven, Theorien und Methoden. Diese Vielfalt ist eine notwendige Voraussetzung für den wissenschaftlichen Diskurs. Das Gegenteil von Pluralität ist eine Einheit von Meinungen und Ansichten, die das Vertrauen in den ergebnisoffenen Prozess wissenschaftlicher Erkenntnisarbeit untergräbt. In diesem Sinne verzichtet das DZA zugunsten einer weitest möglich ergebnisoffenen wissenschaftlichen Perspektive auf die zu bearbeitenden Fragen ausdrücklich auf die Erarbeitung von politischen Institutpositionen.

Öffentlichkeit und Transparenz: Nicht allein politische Entscheidungsträger sollen Zugang zu Ergebnissen der Politikberatung haben, vielmehr sollten alle am demokratischen Willensprozess beteiligten Akteure dieses Wissen teilen und nutzen können. Dies bedeutet, dass Entscheidungsprozesse transparent und nachvollziehbar ablaufen. Das DZA ist in den Prozess der demokratischen Willensbildung eingebunden, der es unabdingbar macht, entscheidungsrelevantes Wissen grundsätzlich öffentlich zu machen.

2. Adressaten der Politikberatung des DZA

Ressortforschungseinrichtungen wirken an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik – sie transferieren Erkenntnisse aus der Forschung in die Politik und greifen politische Fragestellungen auf, für die sie in Forschungsprojekten nach Antworten suchen. Als Einrichtungen des Bundes orientierten sie sich dabei insbesondere an den inhaltlichen Bedarfen der Bundesregierung und des Bundestags. Das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) ist ein Ressortforschungsinstitut in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das BMFSFJ ist daher der wichtigste konkrete Auftraggeber und Adressat der Politikberatung des DZA. Der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse aus dem DZA ist daneben aber auch an andere politische und gesellschaftliche Akteure sowie an die Öffentlichkeit gerichtet.

2.1 Politische Akteure des Bundes als Auftraggeber und Adressaten

Die expliziten Bedarfe der Bundespolitik nach Beratung und Zuarbeit zum Themenfeld „Altern und Leben im Alter“ zeigen sich in den konkreten Anfragen, mit denen das BMFSFJ an das DZA herantritt. Daneben nimmt das DZA auch nicht explizit formulierte Beratungsbedarfe der Bundespolitik (Bundesregierung und Bundestag) und anderer Akteure auf Bundesebene (z. B. Bundesverfassungsgericht) auf und antizipiert zukünftige Beratungsbedarfe. Dazu ist ein kontinuierlicher Austausch mit dem BMFSFJ und anderen politischen Akteuren nötig. Wenn sich die Bedarfslage der Bundespolitik verändert, müssen auch die inhaltlichen Schwerpunkte der Politikberatung des DZA angepasst werden. Die Wahl der Themen der Politikberatung des DZA erfolgt in Abstimmung mit dem Ministerium, sowohl über die Gremien des DZA (Beirat, Mitgliederversammlung) als auch im direkten Austausch mit dem BMFSFJ. Nur in spezifischen Fällen richtet sich die Politikberatung des DZA auch an politische Akteure auf der Ebene von Ländern und Kommunen.

Die Hauptaufgabe der Wissenschaftler*innen am DZA ist die Altersforschung, sie agieren im System der Wissenschaft. Die Bundesregierung (für das DZA besonders relevant: das BMFSFJ) und andere Akteure der Bundespolitik hingegen machen Politik und haben deshalb andere Handlungsbezüge. Je stärker wissenschaftliches Wissen in Bezug zu Handlungsorientierungen politischer Akteure gesetzt werden sollen, desto größer ist deshalb die Translationsleistung, die vom DZA erbracht werden muss. Die Politikberatung des DZA zeichnet sich dadurch aus, dass wissenschaftliche Erkenntnisse eng auf die Erkenntnisbedarfe und Gestaltungsziele der Bundespolitik und speziell des BMFSFJ bezogen werden.

Die Politikberatung des DZA betrifft vor allem die Inhalte von Politik und trägt durch wissenschaftliche Fundierung zur Rationalisierung politischer Entscheidungen bei. Die Politikberatung des DZA ist keine Beratung im Sinne einer Strategiefindung für den politischen Wettstreit. Das DZA und seine Wissenschaftler*innen sind also „policy advisors“ (Berater*innen hinsichtlich der

Inhalte von Politik) und keine „political consultants“ (Berater*innen hinsichtlich politischer Strategie und Taktik). Sie benennen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse politische Handlungsbedarfe und Handlungsoptionen, beziehen jedoch nicht Stellung zur politischen Machbarkeit und zu den Voraussetzungen für die Umsetzung bestimmter Maßnahmen.

2.2 Die Öffentlichkeit als Adressat

Die Satzung des DZA enthält neben dem Auftrag zur Forschung und zur Politikberatung auch den Auftrag zur Öffentlichkeitsarbeit: Das DZA soll „Erkenntnisse über die Lebenslage alternder und alter Menschen [...] verbreiten“. In der Tat gibt es in der Gesellschaft und der Öffentlichkeit einen allgemeinen Bedarf nach leicht abrufbaren und für ein nicht-wissenschaftliches Publikum verständlich aufbereiteten Informationen zum Themenfeld „Altern und Leben im Alter“. Daher stellt das DZA im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit wissenschaftliche Erkenntnisse über das Altern und das Leben im Alter auch für die Öffentlichkeit bereit (siehe die Konzeption zur Öffentlichkeitsarbeit am DZA). Zu den Adressaten dieser Leistungen des DZA gehören Entscheidungsträger (und deren Mitarbeiter*innen) aus Politik, Verwaltung und Verbänden sowie Journalist*innen und Bürger*innen. Damit Forschungsergebnisse in der öffentlichen Kommunikation verwendbar sind, muss in der Regel die Komplexität und die Differenziertheit wissenschaftlicher Erkenntnisse reduziert werden, ohne dass dabei jedoch die wissenschaftlichen Aussagen verfälscht werden. Dabei bedarf es hoher Aufmerksamkeit, um etwa in einem Interview mit einer Journalist*in allgemeinverständliche Aussagen zu machen und zugleich komplexe Sachverhalte angemessen wiederzugeben. Zudem geht es nicht allein darum, wissenschaftliche Texte so zusammenzufassen, dass sie allgemein lesbar und verständlich sind. Schon die Auswahl von Themen muss sich an den Relevanzen für die Adressaten, also an Themen öffentlicher oder politischer Debatten zu Altersfragen oder an der Alltagserfahrung älter werdender Menschen ausrichten. Dabei orientiert sich die Politikberatung des DZA auch an den Grundsätzen der Aufklärung: Stereotype, Vorurteile und falsche Annahmen über das Altern und das Leben im Alter (sowie die Wirkungen von Stereotypen, Vorurteilen und falschen Annahmen) sind im Lichte wissenschaftlicher Erkenntnisse zu prüfen und zu diskutieren.

3. Formen der Politikberatung und Politikunterstützung am DZA

Als Ressortforschungsinstitut stellt das DZA regelmäßig wissenschaftlich fundiertes Wissen und darüber hinaus im Auftrag des BMFSFJ auch eine Reihe von Dienstleistungen bereit, die in das Feld der Politik für ältere Menschen hineinwirken.

3.1 Sozialberichterstattung

Die wichtigste Säule des forschungsbasierten Wissenstransfers durch das DZA sind die Beiträge zur Sozialberichterstattung. Mit den Beiträgen des DZA zur Sozialberichterstattung werden die Bundesregierung, der Bundestag und darüber hinaus andere politische Akteure sowie die interessierte Öffentlichkeit mit Basisinformationen und hochwertigen Forschungsergebnissen zum Altern und zum Leben im Alter versorgt. Zentrale Produkte hierfür sind Fact Sheets und die Publikationen in der Reihe DZA Aktuell (siehe den Abschnitt 3.1 in der Konzeption zur Forschung am DZA).

Das DZA hat den Auftrag, die Lebensverhältnisse älter werdender und alter Menschen sowie den Wandel dieser Lebensverhältnisse dauerhaft zu beobachten. In seiner Sozialberichterstattung legt das DZA Befunde zu jenen Themen vor, die eine umfassende Darstellung der Lebenssituationen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte erlauben. Empirische Grundlagen für diese Beiträge der Sozialberichterstattung liefert vor allem der Deutsche Alterssurvey (DEAS). Auch Drittmittelprojekte, die das Institut durchführt oder an denen es beteiligt ist (beispielsweise der Deutsche Freiwilligensurvey sowie die Studie D80+) können Erkenntnisse für die Sozialberichterstattung des DZA liefern. In den Beiträgen des DZA zur Sozialberichterstattung werden die Befunde aus den empirischen Studien des DZA ganz konkret auf aktuelle Fragestellungen aus gesellschaftspolitischen öffentlichen Debatten bezogen. Die Sozialberichterstattung des DZA ist deshalb der wichtigste Leistungsbereich für die Translation zwischen Wissenschaft und Politik, sie steht genau im Spannungsfeld zwischen dem wissenschaftlichen Diskurs und den Interessen und Bedarfen politischer Akteure.

Öffentliche Diskurse und politische Debatten unterliegen ständigem Wandel, dies gilt auch für die Diskurse und Debatten im Themenfeld „Altern und Leben im Alter“. Themen verändern sich, neue kommen auf die Agenda, andere treten in den Hintergrund, können zu einem späteren Zeitpunkt jedoch wieder stärker in den Fokus rücken. Für die Wissenschaftler*innen des DZA ist es deshalb unerlässlich, die Entwicklung der einschlägigen politischen Debatten fortlaufend zu beobachten. Nur auf diese Weise können sie beurteilen, welche Befunde aus den Forschungsprojekten am DZA zu einem bestimmten Zeitpunkt politisch relevant sind und für den Wissenstransfer in die Politik und die Öffentlichkeit aufgegriffen werden sollten.

3.2 Geschäftsstellen

Die Politikberatung des DZA findet häufig auch in Form von wissenschaftsbasierten Dienstleistungen statt, die im Auftrag oder auf Anfrage des BMFSFJ erbracht werden. Dazu gehören die am DZA angesiedelten Geschäftsstellen, insbesondere die seit 1995 am DZA angesiedelte und seit 2011 am DZA institutionalisierte Geschäftsstelle für die Altersberichte der Bundesregierung. Derzeit ist das DZA auch Träger der Geschäftsstelle Nationale Demenzstrategie². Die Geschäftsstellen am DZA leisten eine Vielzahl von wissenschaftsbasierten Dienstleistungen, Adressat dieser Tätigkeiten ist vor allem das BMFSFJ. Die Kernaufgabe der Geschäftsstelle für die Altersberichte ist es, die jeweilige vom BMFSFJ eingesetzte Sachverständigenkommission zur Erstellung eines Altersberichts bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Die Leiter*in des DZA ist immer auch Mitglied der Altersberichtscommissionen und wirkt in dieser Funktion regelmäßig an der Erstellung der Altersberichte der Bundesregierung mit, die ja selbst wiederum ein Instrument der wissenschaftlichen Politikberatung sind. Die Institutsleitung des DZA bringt als Mitglied der Sachverständigenkommissionen wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem DZA in die Altersberichte der Bundesregierung ein. Bei der Altersberichterstattung der Bundesregierung erbringt das DZA also in mehrfacher Hinsicht politikberatende Leistungen: die wissenschaftlichen Dienstleistungen der Geschäftsstelle für die Altersberichte, die institutionalisierte Mitwirkung der Institutsleitung an der Erstellung der Altersberichte und die Verarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus der Forschung am DZA in den Altersberichten der Bundesregierung.

² Die Geschäftsstelle Nationale Demenzstrategie hat von 2018 bis 2020 den Prozess der Entwicklung der Nationalen Demenzstrategie inhaltlich und organisatorisch unterstützt. Seit im August 2020 die Nationale Demenzstrategie vom Bundeskabinett beschlossen wurde und die Umsetzung der in der Strategie vereinbarten Maßnahmen begonnen hat, leistet die Geschäftsstelle Nationale Demenzstrategie vor allem Monitoring, Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit.

Aber auch über die Geschäftsstellen hinaus werden am DZA regelmäßig politikunterstützende wissenschaftsbasierte Dienstleistungen erbracht, der allergrößte Teil davon für das BMFSFJ. Beispiele für solche Dienstleistungen sind Zuarbeiten zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen, angefragte Einschätzungen und Stellungnahmen zu aktuellen Themen oder die Mitwirkung von Mitarbeiter*innen des DZA an Veranstaltungen oder an der Vorbereitung von Veranstaltungen des BMFSFJ. Ein fachlicher Austausch zwischen dem DZA und dem BMFSFJ findet zudem im Rahmen von Besprechungen oder themenspezifischen Arbeitstreffen statt.

3.3 Beratungsgespräche, Gremien und Expertisen

Zu den Aufgaben der Politikberatung am DZA gehören auch vielfältige Aktivitäten, in denen Beratung im Rahmen von Beratungsgesprächen, innerhalb von Gremien und in Form von Expertisen geleistet wird. Beispiele für diese Form der Politikberatung sind die folgenden Aktivitäten, die von allen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen am DZA durchgeführt werden:

- Regelmäßige Beratungsgespräche im BMFSFJ
- Die Anfertigung von Sonderauswertungen und Zusammenfassungen in Fact Sheets
- Regelmäßige Mitgliedschaft der Institutsleitung in den Sachverständigenkommissionen für die Altersberichte der Bundesregierung
- Beteiligung an Beratungsgremien auf europäischer Ebene (z. B. EU Peer Review Veranstaltungen, Expert Group on Active Ageing Index)
- Wissenschaftliche Stellungnahmen bei nationalen Gesetzgebungsverfahren und auf Anfrage oberster Gerichte
- Expert*innenbeteiligung an Veranstaltungen des BMFSFJ

3.4 Öffentlichkeitsarbeit

Die Grenze zwischen einem Wissenstransfer, der an politische Akteure gerichtet ist, und einer Öffentlichkeitsarbeit, die einen sehr breiten Adressatenkreis hat, ist ohne Frage unscharf. Beispiele für die Öffentlichkeitsarbeit des DZA sind die Newsletter und Pressemitteilungen, in denen wichtige Erkenntnisse aus Veröffentlichungen von DZA-Mitarbeiter*innen auf verständliche Weise dargestellt werden und damit auf die entsprechenden Veröffentlichungen hingewiesen wird. Diese Pressemitteilungen und Newsletter sind klassische Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit. Sie werden Medienvertreter*innen zur Verfügung gestellt und sind zum Download auf der Website des DZA eingestellt. Zur Öffentlichkeitsarbeit, die am DZA geleistet wird, gehören außerdem Interviews mit Journalist*innen, schriftliche Beiträge für nicht-wissenschaftliche Zeitschriften sowie die Veröffentlichung von Broschüren (etwa über die Altersberichte der Bundesregierung).

4. Themen der Politikberatung des DZA

Das Gebiet des Alters und Alterns ist breit und umfasst eine Vielzahl von Themenbereichen. Die Politikberatung des DZA findet schwerpunktmäßig zu den neun Themenbereichen statt, die auch die Forschungsschwerpunkte des DZA darstellen. Diese neun Themen sind besonders

bedeutsam für die politische Gestaltung des demografischen Wandels; das Gelingen des Älterwerdens hängt entscheidend von politischen Weichenstellungen in diesen Bereichen ab. Es handelt sich um die folgenden Themen:

- (1) Arbeit und Ruhestand, Übergänge
- (2) Einkommen, Vermögen, Altersarmut
- (3) Wohnen und Nachbarschaft
- (4) Freiwilliges Engagement, Ehrenamt, Partizipation
- (5) Digitalisierung und Technik
- (6) Soziale Beziehungen: Familie, Partnerschaft, Freund*innen, Einsamkeit
- (7) Informelle Hilfe, Unterstützung, Pflege durch Angehörige
- (8) Gesundheit, Wohlbefinden, Lebenszufriedenheit
- (9) Altersbilder, Altersdiskriminierung, Einstellungen

4.1 Arbeit und Ruhestand, Übergänge

In der Sozialberichterstattung des DZA wird nachgezeichnet und analysiert, wie sich die Erwerbsbeteiligung Älterer wandelt, welche Bedingungen den Verbleib im Erwerbsleben und die Wiederbeschäftigung älterer Arbeitssuchender beeinflussen, welche Rolle die Erwerbstätigkeit im Ruhestand spielt und wie sich der Übergang in den Ruhestand im sozialen Wandel verändert. Bildungsaktivitäten während der Erwerbsphase sowie im Ruhestand sind ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Sozialberichterstattung in diesem Bereich.

Auf der Grundlage der Beobachtung der Entwicklungen bei der Erwerbsbeteiligung, den Bildungsaktivitäten sowie den Übergängen in den Ruhestand kann das DZA in seiner Sozialberichterstattung darauf reagieren, dass in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik seit einigen Jahren das Ziel verfolgt wird, die Erwerbsquote bei den älteren Erwerbspersonen wie auch das Renteneintrittsalter zu erhöhen. Allerdings haben ältere Erwerbstätige immer noch eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, frühzeitig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, häufig verbunden mit einer längeren Phase von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder eines „Vorruhestands“ vor dem Rentenbeginn. Es ist eine zentrale gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein längerer Verbleib im Erwerbsleben für ältere Erwerbstätige möglich ist. Was die Arbeitsmarktchancen älterer Erwerbstätiger betrifft, so herrscht unter Fachleuten die Einschätzung vor, dass die Unternehmen im Großen und Ganzen noch nicht sehr gut darauf eingestellt sind, ihre Mitarbeiter*innen bis zum Regelrenteneintritt zu halten. In der Breite mangelt es noch an gesundheitserhaltenden und altersgerechten Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen.

In den letzten Jahren ist die zunehmende Erwerbstätigkeit im Ruhestand, also Formen der Erwerbstätigkeit nach dem Eintritt in den Rentenbezug, immer stärker in den Blick gerückt. Die Motive dafür scheinen vielfältig zu sein: Es werden sowohl die Freude am Tätigsein als auch

finanzielle Gründe genannt. Im Rahmen der Sozialberichterstattung des DZA wird die Entwicklung dieses Phänomens weiter beobachtet.

4.2 Einkommen, Vermögen, Altersarmut

Ein ausreichendes materielles Auskommen ist Grundbedingung für ein gutes Leben im Alter. Im Zuge des demografischen Wandels, sozialstaatlicher Reformen und veränderter Lebensverläufe sind Änderungen der materiellen Lebensbedingungen Älterer zu erwarten (und zum Teil bereits zu beobachten), die hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Lebensqualität Älterer sowie sozialer Ungleichheiten zu analysieren sind.

Die materielle Situation in späteren Lebensphasen erlangt in dem Maße, in dem das höhere Lebensalter nicht nur als eine „Restzeit“ definiert wird, eine besondere Bedeutung, denn wirtschaftliche Ressourcen stellen die Grundlage von Lebensplanungen und ihrer Umsetzungen dar. Nach der Jahrtausendwende haben die Alterssicherungssysteme in Deutschland zum Teil erhebliche Veränderungen erfahren. Auch Erwerbsbiografien, die für die spätere Rentenleistung entscheidend sind, befinden sich in einem Wandel. Insgesamt ist für bestimmte Bevölkerungsgruppen das Risiko angestiegen, im Ruhestand nur geringe Einkommen aus Alterssicherungssystemen zu haben. Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Das betrifft Einkommen und Vermögen, aber auch die Chancen sozialer Mobilität. Es liegen inzwischen zahlreiche Studien vor, die für die Zukunft einen Anstieg der Armut bei Menschen im höheren Alter prognostizieren. Altersarmut ist derzeit noch kein Phänomen, das größere Bevölkerungsgruppen betrifft. Jedoch ist abzusehen, dass sich in künftigen Generationen Älterer mit weniger kontinuierlichen Erwerbsverläufen und unter veränderten sozialstaatlichen Rahmenbedingungen die Risiken sozialer Ungleichheit über den Lebensverlauf kumulieren und zu Armutslagen im Alter führen. Hier gilt es, rechtzeitig geeignete alterssicherungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu entwickeln, um Altersarmut zu verhindern.

Soziale Ungleichheit im Alter ist auch unter der Perspektive von Chancenungleichheit im Alter zu diskutieren. Dies betrifft ungleiche Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aufgrund ungleich verteilter Ressourcen (Mobilität, Zugang zu technischen Hilfen, medizinische Versorgung u. a.). Im Rahmen der Sozialberichterstattung wird deshalb auch der Frage nachgegangen werden, welche Bevölkerungsgruppen zukünftig besonders von Altersarmut betroffen sein werden und welche Auswirkungen dies auf ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe hat. Auf der anderen Seite ist zu fragen, unter welchen Bedingungen eine gute materielle Absicherung im Alter gelingen kann.

4.3 Wohnen und Nachbarschaft

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Die meisten Menschen wollen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Wohnumgebung leben, auch wenn sie auf Hilfe und Pflege angewiesen sind. Offen ist, wie nachhaltige Bedingungen für ein gutes Leben trotz Hilfe- und Pflegebedürftigkeit geschaffen werden können. Dabei kommt dem Lebensort, sei es die eigene Wohnung oder eine stationäre Pflegeeinrichtung, ein zentraler Stellenwert zu. Genau hierauf zielen politische Bemühungen der letzten Jahre: Es werden neue Formen eines „Hilfe-Mix“ und Netzwerke von freiwilligen Engagierten sowie von Fachkräften initiiert und unterstützt als auch altersgerechtes und barrierefreies Bauen und Wohnung gefördert. Sicherlich werden neue Wohnformen wie das gemeinschaftliche und selbstorganisierte Wohnen in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen, darüber hinaus stellen sich aber auch Fragen danach, wie das Leben

in einer stationären Einrichtung qualitativ gut gestaltet bzw. die Altenhilfe auch in Zukunft auf hohem Niveau gesichert werden kann.

Wohnen wird in den kommenden Jahren ein immer wichtigeres Thema werden. Zum einen lebt nur ein kleiner Teil der älteren Menschen in altersgerecht ausgestatteten Wohnungen. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang neue Wohnformen sowie Möglichkeiten der technischen Ausstattung von Wohnungen, um die Selbstständigkeit zu unterstützen (Ambient Assisted Living, AAL). Zum anderen wird in Zukunft ein größerer Teil der älteren Menschen als heute mit einer prekären finanziellen Ausstattung auskommen müssen. Dies könnte dazu führen, dass eine größere Anzahl älterer Menschen als bisher aus finanziellen Gründen umziehen müssen.

4.4 Freiwilliges Engagement, Ehrenamt, Partizipation

Freiwilliges Engagement ist eine zentrale Form der gesellschaftlichen Partizipation. Im Rahmen der Sozialberichterstattung des DZA wird nachgezeichnet, wie sich das freiwillige Engagement im Zeitvergleich verändert hat, wer sich aus welchen Beweggründen und in welchen Kontexten engagiert und wie das Engagement konkret ausgestaltet ist. Weitere Fragestellungen richten sich auf den Zusammenhang von Engagement zu sozialer Einbindung, zu Wertvorstellungen und zur gesundheitlichen Situation.

Freiwilliges Engagement ist in hohem Maße von Ressourcen und Gelegenheiten abhängig. Relevant für die Frage, ob man sich engagiert oder nicht, sind beispielsweise der Bildungsstand oder das Einkommen einer Person, aber auch die Einbindung in soziale Netzwerke, die Gelegenheiten für freiwillige Tätigkeiten bieten können. Gleichzeitig können über das freiwillige Engagement neue Kontakte geknüpft werden, die die soziale Einbettung befördern. Von Interesse ist daher auch die Frage, inwieweit sich die Zugangschancen zum Engagement im Zeitverlauf geändert haben und welche Bedeutung dies für soziale Ungleichheiten hat.

4.5 Digitalisierung und Technik

Die Nutzung digitaler Technik gewinnt im Zuge der Digitalisierung in allen Lebensphasen an Bedeutung. Bei älteren Menschen ist sie im Schnitt allerdings bislang noch weniger verbreitet als bei jüngeren. Für den Zugang zum und für die Nutzung des Internets ist der Bildungsstand allerdings noch ein viel wichtigerer Faktor als das Alter: Personen mit einem niedrigeren Bildungsstand nutzen das Internet zu einem deutlich kleineren Anteil als Personen mit einem höheren Bildungsstand. Das DZA kann mit seiner Sozialberichterstattung zu diesem Thema dazu beitragen, Strategien für eine stärkere Nutzung der digitalen Möglichkeiten auch in der Gruppe der älteren „Offliner“ zu entwickeln.

4.6 Soziale Beziehungen: Familie, Partnerschaft, Freund*innen, Einsamkeit

Die große Mehrheit der Menschen aller Lebensalter lebt eingebunden in private Netzwerke, in denen die Familienangehörigen eine zentrale Rolle spielen. Ältere Menschen pflegen im Allgemeinen einen regen Austausch mit erwachsenen Kindern und Enkelkindern und unterstützen diese. Anders herum ist die Familie von zentraler Bedeutung, wenn ältere Menschen hilfe- und pflegebedürftig werden. Familienbeziehungen und soziale Netzwerke unterliegen jedoch auch einem sozialen Wandel. Dies wird in der familienpolitischen Debatte zum Teil mit Sorge betrach-

tet – es wird vermutet, dass die Bindungs- und Solidaritätsfähigkeit der Institution „Familie“ sinken könnte. Von politischer Seite werden deshalb Anstrengungen unternommen, den solidari-schen Austausch von Hilfeleistungen innerhalb von Familien auch unter veränderten Vorzei-chen zu erhalten und zu erleichtern und damit Familienbeziehungen zu stärken. Die Einführung der Familienpflegezeit ist als eine solche Maßnahme zu verstehen.

Zudem ist zu beobachten, dass Partnerschaften nicht mehr für das gesamte Leben geschlos-sen, Kinder seltener und später geboren werden. Partnerschaften und Generationenbeziehun-gen werden häufiger über große räumliche Distanzen gelebt. Die zentrale Frage ist daher, ob und unter welchen Bedingungen partnerschaftliche und familiäre Beziehungen in der zweiten Lebenshälfte weiterhin verlässlich Hilfe und Unterstützung bieten können. Eine bedeutsame Aufgabe der Altersforschung ist es hierbei, die Auswirkungen sozialer Ungleichheit zu analy-sieren. Wer ist von sozialer Isolation oder ungedeckten Unterstützungsbedarfen besonders be-troffen? Wer kann fehlende familiäre oder partnerschaftliche Beziehungen gut kompensieren und wer nicht?

4.7 Informelle Hilfe, Unterstützung und Pflege durch Angehörige

Seit einiger Zeit werden die Bindungs- und Unterstützungspotenziale von privaten Netzwerken und Nachbarschaftshilfen außerhalb der Familie stärker in den Blick genommen als dies früher der Fall war. Aufgrund von verschiedenen Entwicklungen im sozialen Wandel werden Leistun-gen der instrumentellen und emotionalen Unterstützung, die in der Vergangenheit vor allem von Angehörigen übernommen wurden, immer häufiger auch von Freund*innen und Bekannten er-bracht. Vor diesem Hintergrund wird zu beobachten sein, wie sich die Bedeutung sozialer Netz-werke für die instrumentelle und emotionale Unterstützung älterer Menschen weiterentwickelt. Um diese Frage zu beantworten, ist die sich wandelnde Rolle privater sozialer Netzwerke, auch außerhalb von Haushalt und Familie, ein Schwerpunkt der Sozialberichterstattung am DZA.

Hilfe, Unterstützung und Pflege werden überwiegend von Frauen geleistet. Im Bereich der Pflege gilt dies sowohl für die professionelle als auch für die nichtprofessionelle Pflege. Auf beiden Ebenen haben sich Geschlechterstereotype verfestigt. Sie führen dazu, dass Sorgear-beit als Erwerbsarbeit ohne höhere Qualifikationsanforderungen, mit einem geringen Berufs-prestige und in der Regel unterdurchschnittlicher Bezahlung verrichtet wird. Sorgearbeit in der Familie schränkt häufig die Partizipationsmöglichkeiten sowohl am Erwerbsleben als auch auf anderen Gebieten des sozialen Lebens ein. Auch hier sind es mehrheitlich Frauen, die diese Aufgaben übernehmen. Gerade angesichts des sich verändernden Potenzials an Arbeitskräften und der Aufgaben, die auf die professionelle Pflege in Zukunft zukommen werden, ist die ge-rechtere Verteilung von Sorgetätigkeiten auf die Geschlechter und die Unterstützung der Ver-einbarkeit von Sorgearbeit und Erwerbstätigkeit ein wichtiges Diskussionsthema.

Ein zentrales politisches Thema in den nächsten Jahren wird die Frage sein, wie Verantwortung für Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbart werden können. In der Sozialberichter-stattung des DZA wird daher ein besonderes Augenmerk auf pflegende Angehörige gerichtet werden.

4.8 Gesundheit, Wohlbefinden, Lebenszufriedenheit

Die steigende individuelle Lebenserwartung und die wachsende Anzahl von Menschen im höheren Lebensalter lassen die Themen „Gesundheit im Alter“ und „Wohlbefinden

im Alter“ immer bedeutsamer werden. Gesundheit im Alter hat mehrere Dimensionen: Neben chronischen Krankheiten und Gesundheitsproblemen gehören dazu die Alltagskompetenz („funktionale Gesundheit“), die subjektive Gesundheit sowie das subjektive Wohlbefinden. Gesundheit und Wohlbefinden sind wichtige individuelle Voraussetzungen etwa für politische Partizipation.

Mit zunehmendem Alter steigt jedoch das Risiko, an einer oder mehreren chronischen Erkrankungen zu leiden. Insbesondere wenn es zusätzlich zu Einschränkungen der Alltagskompetenz kommt, erfordert der schlechtere Gesundheitszustand im Alter dauerhafte und oftmals kostenintensive Behandlungen, Pflege oder Unterstützungen im täglichen Leben. Allerdings können viele im Alter vorherrschende chronische Erkrankungen und gesundheitliche Einschränkungen durch einen gesundheitsförderlichen Lebensstil vermieden oder zumindest in ihrem weiteren Verlauf positiv beeinflusst werden, so z. B. durch ausreichende körperliche Aktivität, ausgewogene Ernährung und Nichtrauchen.

Die Gesundheitsförderung in allen Lebensaltern und die Wahrung von Lebensqualität auch unter gesundheitlichen Einschränkungen rücken damit stärker in den Blick. Aus Sicht der Politik stellt sich dabei unter anderem die Frage, wie Menschen dazu motiviert werden können, sich gesundheitsförderlich zu verhalten und wie Lebenswelten gesundheitsförderlich gestaltet werden können. Neben der Stärkung der individuellen personalen, sozialen und materiellen Ressourcen spielt für die Erhaltung von Gesundheit und Lebensqualität also auch die Förderung gesundheitserhaltender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen eine Rolle. Im Rahmen der Sozialberichterstattung des DZA werden der Gesundheitszustand, das Wohlbefinden sowie gesundheitliche Veränderungen von Älteren fortlaufend beschrieben. Dabei sollen auch Risikogruppen identifiziert werden. Gleichzeitig werden Faktoren für ein gesundes Leben im Alter analysiert und Potenziale zur Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens im Alter aufgezeigt.

4.9 Altersbilder, Altersdiskriminierung, Einstellungen

Altersgrenzen werden zunehmend in Frage gestellt. In den vergangenen Jahren wurden in verschiedenen Bundesländern Bestandsaufnahmen von gesetzlichen Altersgrenzen vorgenommen, etwa in Mecklenburg-Vorpommern oder in Berlin. Mehrfach wurden vor Gericht Klagen gegen Altersgrenzen stattgegeben, in der Regel wurde in diesen Verfahren gegen ein altersbedingtes Ende eines Arbeitsverhältnisses geklagt.

Altersgrenzen stehen oft in engem Zusammenhang mit Altersbildern, denn viele Altersgrenzen basieren auf der pauschalisierenden Annahme, dass Menschen ab einem gewissen Lebensalter bestimmte Handlungen nicht mehr so gut ausführen könnten wie vorher. Altersbilder sind also gesellschaftliche und individuelle Vorstellungen von dem, was den Lebensabschnitt „Alter“ und Veränderungsprozesse des „Alterns“ ausmachen. Negative gesellschaftliche Altersbilder können im schlimmsten Fall zu Diskriminierung, also der Benachteiligung einer Person aufgrund ihres Alters, führen. Auch positive und negative individuelle Altersbilder können eine Ressource beziehungsweise ein Risiko für ein gutes Leben im Alter sein.

Altersbilder können sich als selbsterfüllende Prophezeiungen erweisen. Menschen mit positiven Altersbildern sind meist aktiver und gesünder, während Menschen mit negativen Altersbildern eher unter gesundheitlichen Einschränkungen leiden und weniger aktiv sind. Die kontinuierliche Beobachtung der Entwicklung von positiven und negativen Altersbildern sowie von Prozessen der Altersdiskriminierung ist daher eine der Aufgaben der Sozialberichterstattung am DZA. Für

die Politik sind diese Befunde durchaus relevant, denn die Förderung positiver Altersbilder sowohl in der Gesellschaft als auch beim Individuum kann ein wichtiger Beitrag zu einem guten Leben im Alter sein.

5. Qualitätssicherung in der Politikberatung des DZA

Die im Abschnitt 3 genannten Grundprinzipien der Politikberatung am DZA sind Voraussetzungen für eine gute wissenschaftliche Politikberatung. Die Leistungen der Politikberatung am DZA zeichnen sich darüber hinaus durch Angemessenheit und Relevanz, durch Schnelligkeit und Pünktlichkeit sowie durch Verständlichkeit aus.

Angemessenheit und Relevanz: Das DZA stellt bei seiner Politikberatung Wissen bereit, das für die jeweilige Anfrage angemessen und relevant ist. Eine Politikberatungsleistung sollte für eine Problemlösung oder Entscheidung von Nutzen sein. Dies bedeutet auch, dass einerseits die Komplexität eines Problems angemessen berücksichtigt wird, andererseits ein pragmatischer Beitrag zur Entscheidungsfindung geleistet wird. Gute Politikberatung beinhaltet auch, Anfragende und Auftraggeber bei der Formulierung von Fragen oder Aufträgen gegebenenfalls zu unterstützen.

Schnelligkeit und Pünktlichkeit: Das DZA muss in der Lage sein, Anfragen rasch zu beantworten und Aufträge umgehend zu erledigen. Sollten Fristen gesetzt worden sein, so sind diese Fristen einzuhalten. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass es bisweilen eine Spannung zwischen den beiden Kriterien Schnelligkeit und Belastbarkeit geben kann.

Verständlichkeit: Die Leistungen der wissenschaftsbasierten Politikberatung des DZA werden in einer Form erbracht, die es auch wissenschaftlichen Laien erlaubt zu verstehen, worin das Problem besteht, welche Faktoren bei der Entstehung des Problems eine Rolle spielen und wie die Lösung eines Problems erreicht werden könnte. Vielfältige Informationen müssen geordnet, komplexe Sachverhalte nachvollziehbar dargestellt werden.

Die Qualität der Politikberatung am DZA wird durch die folgenden vier Verfahren gesichert:

(1) Vier-Augen-Prinzip

Bei der Erarbeitung von Leistungen der Politikberatung am DZA gilt das Vier-Augen-Prinzip: Produkte der Politikberatung werden in der Regel von mindestens zwei Personen erarbeitet. Wenn es nur eine Autor*in gibt, muss mindestens eine weitere wissenschaftliche Mitarbeiter*in des DZA das Produkt prüfen. Umfangreiche Beratungsleistungen wie Expertisen werden zusätzlich von der Institutsleitung geprüft und innerhalb des DZA kritisch diskutiert.

(2) Beiratsevaluation

Am DZA werden nicht nur die Forschungstätigkeiten, sondern auch die Leistungen der Politikberatung einer Qualitätssicherung durch einen externen wissenschaftlichen Beirat unterzogen. Im Rahmen seiner jährlichen Evaluation prüft der Beirat auch die Leistungen der Politikberatung am DZA kritisch.

(3) Schnittstellenmanagement

Ein gutes Schnittstellenmanagement ist von zentraler Bedeutung für eine effektive Politikberatung. Dabei ist zwischen externem und internem Schnittstellenmanagement zu unterscheiden. Das externe Schnittstellenmanagement betrifft die Kommunikation zwischen dem DZA und anfragenden Stellen, insbesondere dem BMFSFJ. Kurzfristige Anfragen mit einem Arbeitsaufwand von maximal wenigen Tagen können direkt von der anfragenden oder beauftragenden Stelle an die zuständige Wissenschaftler*in gerichtet und von der betreffenden Person bearbeitet werden. Langfristige Arbeitsaufträge mit einem Arbeitsaufwand von mehr als einer Woche werden von der Institutsleitung entgegengenommen; die entsprechende Beratungsleistung wird von der Leitung an die anfragende Stelle weitergeleitet („Dienstweg“). Regelmäßig gibt es Gespräche zwischen der Institutsleitung und dem BMFSFJ, in denen es um die Fragen der Zusammenarbeit geht.

Das interne Schnittstellenmanagement betrifft die Kommunikation innerhalb des DZA. In verschiedenen Sitzungen und Gesprächsrunden am DZA werden Fragen der Forschung und der Politikberatung besprochen. Hierbei werden Anfragen bekannt gegeben, Beratungsleistungen diskutiert und Positionen zu aktuellen sozialpolitischen Fragen des Alter(n)s entwickelt.

Wissensmanagement

- (4) Um eine hohe Qualität und Effektivität der Politikberatung am DZA zu gewährleisten, archiviert das DZA mit Hilfe einer Datenbank systematisch Anfragen sowie darauf bezogene Beratungsleistungen. Diese Archivierung erlaubt es, Beratungsleistungen im weitesten Sinne und unterschiedlichster Arten (Expertisen, Stellungnahmen, schriftliche oder telefonische Auskünfte, Interviews in Radio, Fernsehen, Printmedien) im gesamten Institut zur Verfügung zu stellen.

6. Personelle Ressourcen

Am DZA stehen in den drei Arbeitsbereichen Forschung, Politikberatung und Informationssysteme insgesamt 17,8 Vollzeitäquivalente (VZÄ) für Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen zur Verfügung, hieraus ergeben sich die personellen Ressourcen für die wissenschaftliche Altersforschung, die Politikberatung sowie die Bereitstellung und Pflege der wissenschaftlichen Infrastrukturen am DZA.

Altersforschung am DZA umfasst wissenschaftliche Aktivitäten, in denen sich Wissenschaftler*innen im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit mit selbstgesetzten Forschungsvorhaben zum Thema Alter und Altern am wissenschaftlichen Diskurs beteiligen. Die Anteile für Forschung in den Tätigkeitsbeschreibungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen betragen in der Regel zwischen 20 und 40 Prozent (0,2 bis 0,4 VZÄ) pro Stelle. Insgesamt stehen für wissenschaftliche Altersforschung Stellen im Umfang von 6,2 VZÄ zur Verfügung (35 Prozent der gesamten Arbeitskapazität des wissenschaftlichen Personals am DZA).

Politikberatung zu Altersfragen am DZA umfasst Sozialberichterstattung und wissenschaftliche Beratungsleistungen zu Altersfragen. Die Anteile für Politikberatung und wissenschaftliche Beratungsleistungen in den Tätigkeitsbeschreibungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen

betragen zwischen 20 und 70 Prozent (0,2 bis 0,7 VZÄ) pro Stelle. Insgesamt stehen für Politikberatung zu Altersfragen Stellen im Umfang von 5,3 VZÄ zur Verfügung (30 Prozent der gesamten Arbeitskapazität des wissenschaftlichen Personals am DZA).

Das Angebot wissenschaftlicher Informationssysteme ist eine weitere Aufgabe des DZA. Hierzu zählen Pflege und Ausbau der Forschungsdateninfrastrukturen (insbesondere des Deutschen Alterssurveys) sowie der Betrieb des Forschungsdatenzentrums. Die Anteile für Infrastrukturaufgaben in den Tätigkeitsbeschreibungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen betragen zwischen 10 und 60 Prozent (0,1 bis 0,6 VZÄ) pro Stelle. Insgesamt stehen für die wissenschaftlichen Informationssysteme am DZA Stellen im Umfang von 3,6 VZÄ zur Verfügung (20 Prozent der gesamten Arbeitskapazität des wissenschaftlichen Personals am DZA).

Zusätzlich zu den genannten Hauptarbeitsaufgaben übernehmen wissenschaftliche Mitarbeiter*innen auch Aufgaben zum Erhalt der internen Infrastruktur des DZA (z.B. Leitungsaufgaben, Methodenberatung, Monitoring der Beschaffung wissenschaftlicher Software und Literatur; 1,5 VZÄ bzw. 8 Prozent), fachliche Serviceleistungen (Öffentlichkeitsarbeit, Dissemination, Konferenzorganisation; 0,9 VZÄ bzw. 5 Prozent) sowie Ausbildung (0,4 VZÄ bzw. 2 Prozent der gesamten Arbeitskapazität des wissenschaftlichen Personals am DZA).

7. Zusammenfassung

Die Forschungstätigkeit des DZA ist im Hinblick auf die satzungsgemäße Aufgabe der Politikberatung unverzichtbar, denn sie schafft die empirischen Befunde und stellt die Informationen und Daten bereit, auf deren Grundlage politische Handlungsbedarfe identifiziert werden können. Der Politikberatung kommt eine Schlüsselfunktion bei der Transformation wissenschaftlichen Wissens in politisches Handlungswissen zu. Mit der Politikberatung des DZA werden wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Forschung am DZA systematisch und auf gezielt politikorientierte Weise in das politische Feld hinein transferiert. Ziel ist es, der Politik entscheidungsrelevantes Wissen für aktuelle und langfristige Vorhaben bereitzustellen und damit die Rationalität von politischen Entscheidungen zu relevanten Fragen des Alterns und der alternden Gesellschaft zu stärken.